

Datenschutzhinweis zur Umsetzung der Informationspflicht (EU-DSGVO) Sozialpsychiatrischer Dienst Göppingen



Stand: Mai 2020

Der Sozialpsychiatrische Dienst Göppingen (SPDG) ist eine Beratungsstelle für psychisch kranke Menschen in Trägerschaft des Landkreises Göppingen. Die Inanspruchnahme des SPDG erfolgt auf freiwilliger Basis. Die Beratung ist kostenlos und vertraulich. Bei Beratung, Begleitung und Unterstützung durch den SPSG beim Landratsamt Göppingen werden personenbezogene Daten erhoben, die Sie betreffen. Die Beratung kann in manchen Fällen auch anonym erfolgen – ohne Erhebung und Verarbeitung Ihrer Sozialdaten. Daher möchten wir Sie über einige Punkte informieren.

Die Daten werden vom **Sozialpsychiatrischen Dienst Göppingen** erhoben.
Anschrift: Schillerplatz 8/1, 73033 Göppingen, Telefon: 07161 202-4141, Fax: 07161 202-4192, E-Mail: lra@lkgp.de.

Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Landratsamtes unter:
Herr Joachim Kopp, Landratsamt Göppingen, Lorcher Straße 6, 73033 Göppingen, Tel.: 07161 202-1077 oder per E-Mail an datenschutz@lkgp.de.

Ihre personenbezogenen Daten werden manuell beziehungsweise automatisiert verarbeitet, soweit dies im Einzelfall für

- die Beratung, Betreuung und Begleitung der Klientinnen und Klienten sowie ihrer Angehörigen,
- die Erhebung einer sozialen Anamnese, des Hilfebedarfs und der Hilfeplanung,
- der fallbezogenen Kooperation und Koordination mit anderen Institutionen
- Supervision
- Dokumentation des Beratungsanlasses und -verlaufs

und Erstellung einer anonymisierten jährlichen Statistik erforderlich ist.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf der Grundlage von § 6 PsychKHG Baden-Württemberg und § 37a SGB V.

Ihre personenbezogenen Daten dürfen an Dritte weitergegeben werden, wenn Sie dazu Ihr Einverständnis gegeben und eine Schweigepflichtentbindung unterzeichnet haben.

Ihre personengebundenen Daten werden vom Sozialpsychiatrischen Dienst gelöscht, wenn sie für die Gewährung der persönlichen Hilfen nicht mehr benötigt werden und

rechtliche Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind (längstens 10 Jahre nach Ende des Kalenderjahres, in dem die Hilfestellung beendet wurde).

Sie sind nicht verpflichtet, Ihre Daten mitzuteilen. Damit der SPDG seine Aufgaben sachgemäß und rechtmäßig erfüllen kann, ist jedoch Ihr Mitwirken Voraussetzung. Dann ist es wichtig, dass sie alle für die vorgenannten Zwecke relevanten Informationen zu Ihrer Person und zu Ihren Lebensverhältnissen mitteilen. Eine fehlende Mitwirkung kann dazu führen, dass keine umfassende oder adäquate Beratung oder Unterstützung erfolgen kann.

Ihnen stehen unter den genannten Voraussetzungen folgende Rechte zu:

- Auskunftsrecht über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 EU-DSGVO).
- Recht auf Datenberichtigung, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 EU-DSGVO).
- Recht auf Löschung der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 EU-DSGVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 EU-DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 EU-DSGVO.
- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Ihren Rechtsansprüchen benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Landratsamtes gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit.b, c und d EU-DSGVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das Ihre Interessen überwiegt und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 EU-DSGVO).

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten unrechtmäßig ist, können Sie sich mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Königstraße 10 a, 70173 Stuttgart, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, Tel. 0711 615541-0, Fax: 0711 615541-15, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de wenden.